

01) Das Prinzip des „zehnten Mannes“

Von Jože Biščak

19. 09. 2021



Joze Biscak

1973 fand der israelisch-arabische Krieg statt, auch bekannt als Jom-Kippur-Krieg. Die arabische Militärkoalition überrumpelte damals die Israelis, und die Offensive wurde erst nach einigen Tagen gestoppt.

Obwohl Tel Aviv einige Warnungen, vor allem von ausländischen Nachrichtendiensten, erhalten hatte, hielten die israelischen Generäle und der militärische Nachrichtendienst AMAN diese für irrelevant, da man davon ausging, dass es sich nicht um eine ernsthafte Bedrohung handelte und eigene Analysen nicht auf eine ernsthafte Bedrohung hindeuteten; man glaubte also nach wie vor an die eigene militärische Überlegenheit. Man hatte Unrecht. Nach diesem Debakel hat der israelische Geheimdienst, wie es heißt, das Prinzip des „zehnten Mannes“ eingeführt.

Die Regel lautet in etwa so. Wenn neun Personen in einem Gegenstand zur gleichen Schlussfolgerung kommen, ist es die Aufgabe des zehnten Mannes, ihnen zu widersprechen, egal wie unplausibel und unmöglich eine alternative Schlussfolgerung auch erscheinen mag. Der „zehnte Mann“ geht davon aus, dass die Neun im Unrecht sind, sucht nach Fehlern in der Entscheidung der Neun, erklärt die Fakten aus einer neuen Perspektive und versucht vor allem, Informationen und Argumente zu finden, die den Thesen

widersprechen, auf die sich die Neun einstimmig geeinigt haben. Die Methode ist nicht neu: Vor Jahrhunderten war sie als „advocatus diaboli“ („Anwalt des Teufels“) und bei den Israeliten auch als „Revisionsabteilung“ bekannt.

Wenn man hört, wie die Mainstream-Medien mit einer Stimme und unisono die slowenische Mitte-Rechts-Regierung buchstäblich „niedermachen“ und versuchen, eine Gehirnwäsche durchzuführen und einen davon zu überzeugen, dass Janšas Regierung faschistisch ist, dass Slowenien in Richtung Totalitarismus abgleitet und dass die Medienfreiheit (was auch immer das bedeutet) bedroht ist, dann versetzt man sich in die Rolle des zehnten Mannes. Fragen Sie sich selbst: Es ist wahr, die Mainstream-Medien sind sich einig, aber könnten sie sich irren, könnten sie Recht haben, und könnte die Realität der von ihnen gezeichneten diametral entgegengesetzt sein?

Sie werden schnell Folgendes herausfinden:

1. werden Sie auf Dinge stoßen, die die hegemonialen Medien absichtlich ignorieren und nicht berichten;
2. werden Sie Anomalien in der Berichterstattung der MSM entdecken;
3. wird Sie dies zu der Schlussfolgerung führen, dass selbst die Dinge, über die die MSM nicht berichten, wichtig sind, um zu verstehen, was sie berichten;
4. werden Sie mit Fragen konfrontiert, die die MSM absichtlich nicht beantworten wollen;
5. werden Sie Informationen und Argumente finden, die für die Darstellung der Realität durch die Mainstream-Medien sprechen;
6. werden Sie beginnen, das ganze Thema kreativer und mit gesundem Menschenverstand zu betrachten, neue Perspektiven werden sich eröffnen;
7. werden Sie schließlich erkennen, dass die Realität den Thesen der MSM widerspricht und dass die MSM Sie in einer parallelen Realität halten wollen.

Glauben Sie mir, Sie werden es durchschauen, Sie werden Ihren Geist von dem Informationspanzer befreien, mit dem Sie von den linken Mainstream-Medien gegen die Mitte-Rechts-Regierung und ihre Maßnahmen zur Eindämmung der chinesischen Virusepidemie bombardiert und aufgehetzt werden. Man muss nur ein wenig Logik anwenden und auch scheinbar triviale Dinge berücksichtigen, die sich am Ende als entscheidend für das Verständnis des Gesamtbildes erweisen. Die Mainstream-Medien wollen nicht, dass man ihre Rechtschaffenheit in Frage stellt. Die Mainstream-Medien wollen, dass Sie ihnen blindlings glauben und folgen, sie wollen, dass Sie nur das sehen, was sie Ihnen zeigen. Wenn Sie dies mit der Methode des zehnten Mannes abschütteln, werden Sie erkennen, dass Sie von den linken Medien in die Irre geführt werden.

Jože Biščak ist Chefredakteur und Herausgeber der Wochenzeitung *Demokracija*, langjähriger investigativer Journalist und seit 2020 Präsident des slowenischen Verbandes der patriotischen Journalisten sowie Autor von drei Büchern.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

02) Konferenz „Familie als Schlüssel zur Nachhaltigkeit“

Demografie für die Demokratie

Von Dávid Megyeri

24. 09. 2021



Foto: István Mirkó

Das Idol des westlichen Neomarxismus, die Chaoskreation der 68er, Jean-Paul Sartre, schrieb: So wie die Menschheit ohne Literatur existiert, existiert die Welt ohne Menschen. Ein ominöser Spruch. Das größte Problem ist, dass die westliche Linke und die ehemaligen Mitte-Rechts-Parteien, die sich ihr angeschlossen haben, zunehmend an diese Weltuntergangsprophetie glauben. Wir erwähnen dies, weil der demographische Höhepunkt das Gegenteil des programmatischen Pessimismus der liberalen Linken ist.

Im Moment läuft sie zwar unter den Decknamen Gender-Philosophie, LGBTQ-Gewalt, Flüchtlingshilfe, grüne Politik, BLM, Menschenrechtsschutz, aber der Punkt ist derselbe: die menschliche Rationalität, das gewaltsame Aufbrechen des traditionellen Rahmens des menschlichen Lebens auf der Grundlage von Familien und Nationen. Das Endergebnis ist dasselbe: die Zerstörung der Menschheit, die Ausrottung des modernen Kulturmenschen.

Auch aus diesem Grund ist die Konferenz „Familie als Schlüssel zur Nachhaltigkeit“ ein Ablenkungsmanöver für die liberale Linke, die in ihren eigenen Absurditäten ertrinkt. Und wenn sie so etwas hören wie das, was Viktor Orbán in seiner Rede gesagt hat, dass wir unsere demographische Zukunft nicht erleiden, sondern gestalten wollen, dann ist das für sie ein casus belli, eine Hölle des Rassismus und der Intoleranz. Wie kommt es also dazu, dass sich eine Nation nicht nur an fortschrittliche Szenarien anpasst, sondern das Geschehen beeinflussen will?

Schließlich beruht das gesamte irrationale marxistische Denken der extremen Linken, das auf den Kopf gestellt und als gemäßigt dargestellt wird, auf der Idee, dass wir uns nur an

die Prozesse anpassen und nicht gegen sie auflehnen müssen. Denn das ist die fortschrittliche Einstellung. Man könnte sogar sagen, dass es sich um ein Narrenparadoxon handelt – aber wir sprechen hier von einem Tornado, und es ist besonders unannehmbar, dass sie die verzerrte Sichtweise, die den freien Willen und das freie Handeln leugnet, zur Pflicht machen wollen.

Deshalb können wir sicher sein, dass die Kampagne gegen uns von der migrations- und geschlechterlobbyistischen Globalisierungselite verstärkt werden wird, wenn der Ministerpräsident erklärt, dass unsere Familienpolitik vor zehn Jahren auf fünf Säulen beruhte. Die Familienpolitik muss sich an der Mutter orientieren, das ganze Land muss familienfreundlich gestaltet werden, und die Familien und Kinder müssen durch die Institution des Rechts geschützt werden. Der Ministerpräsident sagte, der stärkste Angriff auf unser Land sei der Satz im Grundgesetz „Der Vater ist ein Mann, die Mutter ist eine Frau“.

Die Worte von Viktor Orbán machten deutlich, dass wir nur fordern, dass das traditionelle Familienmodell auch in der EU unterstützt wird. Wir stehen nämlich für die Freiheit, für den unabhängigen Willen des Menschen, während das Konglomerat, das sich Linke nennt, nach jahrzehntelangen vergeblichen Versuchen, das Gleiche zu tun und sich gegen den Menschen zu wenden, an seinem eigenen Wahnsinn zugrunde gegangen ist. Ist es nicht eine Entmenschlichung, wenn ungeborene Kinder als kohlenstoffemittierende Individuen behandelt werden und ihr Recht auf Leben in Quoten abgewogen wird? Und ist es nicht eine Degradierung von Menschen, die von anderen Kontinenten hierher gelockt wurden, nur als zukünftige Arbeiter, als Proletarier gesehen zu werden?

Allerdings haben wir ihnen gegenüber einen enormen positionellen Vorteil – wie auch Ministerpräsident Orbán angedeutet hat -, denn wir wissen seit vierzig Jahren, dass in Ungarn das Virus „Woke“, also der Kommunismus, wohnt. Es ist kein Zufall, dass unsere familienpolitischen Maßnahmen vom ehemaligen US-Vizepräsidenten Mike Pence ausführlich gelobt wurden, ebenso wie andere ausländische Staatschefs, die das ungarische Beispiel lobten. Das ist eine schlechte Nachricht für die selbsternannte Elite der Pseudolinken: Dieses Treffen ist mehr als eine Konferenz. Es wird eine echte Gemeinschaft für den Fortschritt geschmiedet, um die Absurditäten der antirassistischen Ausgrenzung zu beseitigen.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Ein Jahrhundert des militanten Islam und die große Krise des Westens

Von Gregor Preac

24. 09. 2021



Gregor Preac · Foto: Demokracija

Der chaotische Rückzug aus Afghanistan hat dem fanatischen Islam, dem Terrorismus, der Mafia, der Kriminalität, China, Russland und dem Iran die Schwäche, die Inkompetenz, den Zusammenbruch, die Bürokratisierung, die Ineffizienz, die Impotenz und die Dekadenz des Westens vor Augen geführt. Und es wird sie ermutigen!

Bidens Zustimmungsrate fiel im September trotz der fanatischen Propaganda und Zensur in den meisten (sozialen) Medien der USA auf nur 43 %. Die US-Regierung ist nun hauptsächlich damit beschäftigt, Afghanistan als Rückschlag, wenn nicht gar als Sieg darzustellen.

Der Rückzug der Amerikaner aus Afghanistan und der Sieg des fanatischen Islam zeigen jedoch, dass der Islam der Nachfolger des Kommunismus im 21. Jahrhundert ist und dass 21. Jahrhundert ein Kampf zwischen Demokratie (Laizismus) und Islam sein wird.

Die große Krise des westlichen Bewusstseins

Weil der Westen den Islam nicht als Feind erkennen kann, ist er auf verlorenem Posten! Nach Iran, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Somalia und jetzt Afghanistan! Der Westen befasst sich mit dem Terrorismus, anstatt den Islam zu isolieren und zu enthaupten, der die Quelle und den Nährboden für Krieg, Gewalt, Terrorismus und Unwissenheit darstellt. Der Westen ist sogar so blind, dass er den militanten Islam millionenfach in die Hauptstädte und Großstädte Westeuropas eindringen lässt. Die Interventionen in islamischen Ländern, in Afghanistan, in der Migration, zeigen die große Bewusstseins- und Ideologiekrisis des Westens, die Wahnvorstellung von der Verschmelzung von Liberalismus und Sozialismus. Ihr Globalismus und Internationalismus öffnet die Grenzen für die Armen und Ungebildeten aus der überwiegend islamischen EU, während Russland und China über neue

Handelswege, neue (nicht-militärische) Eroberungsstrategien oder die Integration der Welt nachdenken, wo Migration nicht mehr notwendig oder sinnvoll ist. Die Massenmigration destabilisiert sowohl die Herkunfts- als auch die Zielländer.

Trotz der Schließung von Stützpunkten im Irak und in Afghanistan haben die USA immer noch rund 800 Stützpunkte in der Welt, Russland nur 18 und China nur einen in Dschibuti. China setzt auf die Wiederherstellung der Seidenstraße, auf Afrika und auf Bodenschätze (es wird wahrscheinlich die meisten Geschäfte mit den Taliban über Minen für seltene Metalle abschließen), während Russland auf einen neuen Seeweg durch das Eismeer setzt, der die Reise von China und Japan nach Deutschland im Vergleich zur Suezkanalroute um 20 Tage verkürzen würde. Während China mit dem Wirtschaftswachstum beschäftigt ist, sind Deutschland, das Vereinigte Königreich und die USA mit der Evakuierung aus Afghanistan beschäftigt. Als die Taliban 1996 Afghanistan erstmals besetzten, gab es 4 Millionen Flüchtlinge aus diesem Land. Man rechnet nun mit einer halben Million, jedenfalls für erste. Nach Angaben der Vereinten Nationen benötigt die Hälfte der afghanischen Bevölkerung sofortige Hilfe, und ein Drittel der Bevölkerung leidet vermutlich bereits Hunger. Die Banken sind geschlossen, ebenso die Geschäfte.

Griechenland hat eine 40 km lange Mauer und einen Stacheldrahtzaun gegen die Türkei fertig gestellt, Polen hat nach Litauen Stacheldraht an seiner Grenze zu Weißrussland installiert und den Ausnahmezustand ausgerufen.

Deutschland hat etwa 4 500 Menschen aus Afghanistan über die Luftbrücke nach Usbekistan transportiert, darunter etwa 4 000 Afghanen. Merkel gibt nicht auf, obwohl am 26. September Bundestagswahlen anstehen und ihre CDU/CSU-Koalition mit nur 22 % das schlechteste Ergebnis in der Geschichte erzielt, sondern sagt, dass weitere 40 000 Menschen aufgenommen werden sollen. Doch schon jetzt wurden mehr als 20 verurteilte Straftäter unter den Geflüchteten entdeckt, darunter auch ein Afghane, der 2019 aus Deutschland ausgewiesen wurde, nachdem er angeblich eine Teilstrafe von achteinhalb Jahren für die Vergewaltigung seiner minderjährigen Tochter verbüßt hatte. Neulich fand in Deutschland der erste Angriff nach der Evakuierung statt, als ein Afghane zwei Menschen mit einem Messer niederstach.

Wenn der Islam den Westen besiegt, besiegt er nicht die Chinesen. Die Chinesen haben ihre eigenen Waffen eingesetzt, um andere Religionen, Kulturen und Sprachen zu zerstören: die Migration (von Chinesen) nach Xinjiang oder Uighurien, was zum Verschwinden der Uighuren, aber auch des mittelalterlichen Islams, des religiösen Fanatismus und des Terrorismus führt. Man muss den Feind erkennen, kennen und respektieren, aber der Westen kämpft gegen Geister und sich selbst und verliert dabei. Wir werden uns entscheiden müssen, ob wir den mittelalterlichen Islam verbieten, abschaffen oder hermetisch abriegeln, damit er zu etwas Zivilisierterem aufbrechen kann, oder ob die EU im Laufe der Jahre selbst zum Islam und ein neues Mittelalter beginnt, weil sie aus dem Zusammenbruch des Weströmischen Reiches und später von Byzanz nichts gelernt hat!



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [NOVA24.TV.SI / DEMOKRACIJA](https://NOVA24.TV.SI/DEMOKRACIJA), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) GETTR-Chef Jason Miller: „Wir werden keine Zensur dulden“

23. 09. 2021



Miller und YouTuber Sargon von Akkad in London

Es gibt jetzt endlich eine funktionierende Alternative zu den gleichgeschalteten sozialen Medien wie Facebook, YouTube und Twitter: Ex-Trump-Wahlkampfchef Jason Miller kam nach Europa, um Werbung für seine millionenschwere, zensurfreie Plattform GETTR zu machen.

Seit 18. September ist GETTR auf allen Plattformen, auch auf iOS und Android, in einer multi-lingualen Fassung, also auch auf Deutsch, verfügbar. „Viele unserer sehr guten Techniker sind Exil-Chinesen, deshalb legen wir großen Wert darauf, in allen Sprachen verfügbar zu sein“, sagte Miller am Dienstag in London der Freien Welt. „Zehn Prozent unserer User nutzen die Plattform auf Chinesisch. Wir wollen damit auch die Menschen in China erreichen, und ihnen eine zensurfreie Plattform für Meinungsfreiheit bieten.“ Der Exil-Chinesische Milliardär und Bannon-Freund Guo Wengui lieferte die Server und technische Basis für GETTR.

GETTR wurde gegründet, nachdem Donald Trump im Januar von Twitter gesperrt wurde. Startschuss war der 4. Juli, der amerikanische Unabhängigkeitstag. Seitdem rekrutiert sich das Publikum hauptsächlich aus Trump-Unterstützern. Dieses Publikum will Miller jetzt weltweit expandieren.

Schlagzeilen machte Miller in Brasilien, als er Präsident Jair Bolsonaro und die konservative Messe CPAC Brasilien besuchte, und am 7. September beim Abflug auf Befehl eines linken Richters vier Stunden lang festgehalten wurde (Freie Welt berichtete). „Man denkt, dass

Bolsonaro Brasilien kontrolliert, aber so ist es nicht,“ sagte Miller. „Es gibt eine Schattenregierung aus linken Richtern der alten sozialistischen Regierung, die eine eigene Polizei haben. Niemand kontrolliert sie, sie schüchtern alle ein. Ich kenne viele Brasilianer, die deswegen schon das Land verlassen haben.“

Bei der Vernehmung habe man Miller vorgeworfen, mit GETTR einen „Aufstand“ wie am 6. Januar in Washington in Brasilien anzetteln zu wollen. „Das ist natürlich absurd, weil GETTR am 6. Januar noch gar nicht als Idee existierte. Die meisten Leute, die am 6. Januar das Kapitol gestürmt haben, haben sich über Twitter und Facebook organisiert.“ Als die Justizpolizei von ihm Namen und Kontakte aller Personen haben wollten, die er in Brasilien gesprochen habe, sei es ihm zu weit gegangen, so Miller. „Das waren echte Stasi-Methoden.“ Irgendwann habe man ihn gehen lassen, da sein Besuch öffentlich angekündigt war und er nichts verbochen hatte.

Am brasilianischen Unabhängigkeitstag, dem 7. September, gingen etwa 30 Millionen Brasilianer auf die Straße und demonstrierten für die Meinungsfreiheit und gegen Millers Verhaftung (weitgehend ignoriert von deutschen Medien). Danach gab es einen Ansturm von Brasilianern auf GETTR, so Miller, die jetzt nach den Amerikanern und Chinesen die drittgrößte Nutzergruppe darstellen. „Die Unterstützung für Bolsonaro ist nach wie vor riesig“, so Miller, auch wenn dies in den Umfragen und Medien nicht so dargestellt werde. „Die Medien in Brasilien sind genauso links unterwandert wie überall.“

Nun wirbt Miller auch um Unterstützung für seine Plattform in Europa, und traf am Wochenende u.a. Eric Zemmour und Marion Marechal in Frankreich und am Dienstag Nigel Farage sowie weitere konservative YouTuber und Aktivisten in London.

Nutzern in Deutschland verspricht er „eine Plattform, auf der niemals jemand wegen seiner politischen Meinung zensiert wird.“ GETTR habe nach ursprünglichen Problemen mit Porno- und IS-Posts zwar Richtlinien erlassen, wie etwa gegen Aufrufen zur Gewalt, Pädophilie, Pornographie oder Doxxen, und werde Kommentare auch prüfen. Dabei komme es immer wieder zu interessanten Herausforderungen, so Miller: „Wir hatten zum Beispiel einen konservativen Porno-Star, Brandi Love, die auf GETTR zu ihrem OnlyFans Konto verlinken wollte. Was machen wir mit sowas?“

GETTR laufe aufgrund seiner hervorragenden Technik stabiler als andere alternative Plattformen wie Gab oder Parler, so Miller, und habe bereits jetzt ein Investmentvolumen in den hunderten Millionen Dollar.

Investor Guo Wengui hat mehrere hundert Millionen Dollar Startkapital von Investoren in Kryptowährung gesammelt und muss nun wegen angeblicher Fehler eine Strafe von 539 Millionen Dollar an die US-Börsenaufsicht zahlen, wie Fox Business berichtet. Die Finanzierung sei trotzdem gesichert, so Miller.

GETTR müsse noch prüfen, wie sie mit dem berüchtigten deutschen Netzwerkdurchsetzungsgesetz von Heiko Maas umgehen wollen, das weltweit als eines der schlimmsten Zensurgesetze gilt.

Am 20. September kündigte Andrew Torba, der Chef von Gab, an, sich nicht dem deutschen Gesetz beugen zu wollen. Gab hat sich seine eigenen Server aufgebaut und ist deshalb unabhängig von großen Server-Anbietern wie Google, Apple und Amazon, aber deshalb auch langsam und technisch anfällig.

„Wir müssen das rechtlich prüfen«, so Miller. »Aber eines kann ich unseren deutschen Nutzern versprechen: Wir werden keine politische Zensur dulden.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Was sind die Motivationen hinter dem CO₂ Schwindel?

22. 09. 2021



Viele Menschen werden sich fragen, woher die Wirkmächtigkeit der Klimahype kommt. Welche Interessen stecken dahinter? Wieso stoßen praktisch alle Medien in das gleiche Horn, obwohl die ganze Unsinnigkeit der gemachten Behauptungen offenkundig ist? Diese Kampagne läuft seit ca. 30 Jahren und hat längst einen totalitären, pseudoreligiösen Charakter angenommen.

Derartiges wie diese Kampagne kennt man sonst nur aus Diktaturen. Insbesondere die Instrumentalisierung Jugendlicher, die keine Ahnung haben worum es wirklich geht, ist eindeutig totalitär. Daraus kann man nur schließen, dass es für die Hauptakteure um sehr viel geht, möglicher Weise sogar um deren Existenz, ganz sicher aber nicht um unseren Planeten.

Club of Rome

Begonnen hat alles 1968 mit der Gründung des „Club of Rome“, der sich angeblich für eine nachhaltige Zukunft der Menschheit einsetzte. Eines der Gründungsmitglieder war David

Rockefeller. Dieser war Bankier und Enkel des Ölmagnaten John Davison Rockefeller. Es darf daher vermutet werden, dass das Umweltthema nur instrumentalisiert wurde, um ganz andere Interessen auf Schiene zu bringen.

Peak Oil

Eines der Schlagworte waren damals „Die Grenzen des Wachstums“, was ja jedem vernünftigen Menschen einleuchtet. Insbesondere wurde damals behauptet, dass die Ölvorräte bald erschöpft seien und daher eine ölbasierende Ökonomie nicht zukunftsträchtig sei. Es kann durchaus sein, dass man diese Behauptung eine Zeitlang wirklich glaubte.

Man kann davon ausgehen, dass man sich schon damals hinter den Kulissen intensiv mit „Alternativen Energien“ auseinandersetzte. Rockefeller hat als Bankier sicher sofort das mögliche Investitionsvolumen abgeschätzt und erkannt, dass es sich um ein Billionenbusiness handelt, das das Ölgeschäft seines Großvaters um viele Faktoren übertreffen würde. Es ging also schon damals sicher nicht um die Rettung des Planeten, sondern um die Sicherung von Gewinnen der Superreichen durch neue Wachstumsimpulse.

Ölvorräte reichen noch Jahrhunderte

Allerdings hatte man dann bald erkannt, dass die bekannten Ölvorräte schneller wachsen als der Verbrauch. Neue Ölquellen wurden gefunden, bereits erschöpfte Ölquellen füllten sich plötzlich wieder auf. Es scheint so, dass praktisch überall Erdöl und Erdgas vorhanden ist, wenn man nur tief genug hinunter bohrt. Auf das nun einmal entdeckte Geschäft mit den „Alternativen“ wollte man trotzdem nicht verzichten. Man benötigte bloß eine andere „Story“ um es zu argumentieren!

„Globale Erwärmung“ statt „Peak Oil“

Genau zwanzig Jahre nach der Gründung des „Club of Rom“ wurde daher der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), eine UNO-Kreation gegründet, der seither die „Globale Erwärmung“ propagiert. Dies ist ein geschickt gemachter Schwindel, der ohne physikalische Ausbildung nicht zu durchschauen, wie die Seite klimaschwindel.net und [unsere Redaktion](#) berichtete. Insbesondere naturwissenschaftlich Halbgebildeten erscheinen die pseudowissenschaftlichen Erklärungen der „Globalen Erwärmung“ plausibel.

In Wahrheit gibt es viel zu viel Erdöl und Erdgas

Die Penetranz und Dauerhaftigkeit der Kampagne deutet allerdings darauf hin, dass es für die Betreiber um mehr als nur um ein gutes Geschäft geht. Man muss sich vor Augen halten, was in den letzten 50 Jahren rund um das Öl sonst noch alles passiert ist: Da sind einmal die Nahostkriege zwischen Israel und den arabischen Staaten und danach die Kriege gegen den Irak. Der Leser möge sich an die [Brutkastenlüge](#) und an die Lüge über die nicht vorhandenen irakischen Massenvernichtungswaffen erinnern, mit denen die beiden Kriege gegen den Irak begründet wurde. Diese Lügen wurden damals von Mainstream mit der gleichen Verve verbreitet, wie heute die Lüge von dem „menschengemachten Klimawandel“. Bei diesen Kriegen ging es letztendlich um die Kontrolle der Ölvorräte des Nahen Ostens. Saddam Hussein wollte damals das Öl in Euro handeln, was die Rolle des Dollars als Weltleitwährung gefährdet hätte. Man erinnere sich weiters daran, dass nach dem Zusammenbruch des Bretton Wood-Systems (der Goldbindung des Dollars), die Saudis versprachen, Öl nur in Dollar zu handeln und so halfen, die damals wankende Weltleitwährung zu stützen.

Man kann davon ausgehen, dass der Westen mit seiner Zielsetzung die Ölmärkte zu kontrollieren gescheitert ist. Der Grund liegt darin, dass immer wieder überall auf der Welt neue Öl- und Gasquellen gefunden wurden und es folglich unmöglich ist, alle Akteure unter Kontrolle zu bringen. Man kann deshalb die Ölmärkte nicht mehr dauerhaft zwingen Öl und Gas in Dollar zu handeln. Wenn das Öl nicht mehr diese Rolle spielen kann, wie kann man in Zukunft den Dollar und alle seine Derivate (z.B den Euro) als Weltleitwährung stützen und so in aller Zukunft grenzenlose Geldschöpfung zu ermöglichen?

Ein besonderes Problem für den Westen ist dabei Russland, das nicht nur über gewaltige Energiereserven verfügt, sondern diese auch durch seine Atomwaffen zu verteidigen weiß. Alle Versuche in Russland ein westenhöriges politisches System zu installieren sind bislang gescheitert. Ein Sturz Putins, oder seiner Nachfolger wäre nur möglich, wenn es gelänge Russland seine Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft vorzuenthalten und so innere Unruhen zu fördern, die letztlich westlich orientierte Politiker in Russland an die Macht bringen könnten. Einer der Zielsetzungen der Energiewende ist also auch, Russland finanziell auszutrocknen.

Die Kontrolle der Welt durch alternative Energien!

Wie jeder weiß, träumen Wahnsinnige von einer Weltregierung und damit im Zusammenhang von einem „Großen Neustart“ der gesamten Welt. Doch wie könnte man so einen Neustart auf Schiene bringen? Man muss dazu alle Regierungen dieser Welt irgendwie in eine Abhängigkeit von wenigen Akteuren bringen, die dann in der Position sind, die Marschrichtung vorzugeben. Dies scheint durch die rein strombasierenden alternativen Energien wesentlich leichter zu bewältigen sein als durch die Kontrolle des Erdöls und Erdgases.

Diese Behauptung erscheint auf den ersten Blick etwas kühn, da doch die „Alternativen“ dezentral sind. Man kann überall Windräder oder Fotovoltaik Anlagen aufstellen! Doch hinter diesen Technologien stecken vor allem auch in Hinblick auf die Elektromobilität wenige Materialien, die nur sehr begrenzt auf diesen Planeten vorkommen: Die Nachhaltigkeitslüge!

So besteht heute ein eine Autobatterie vom Typ NMC532 gemäß dem Argonne National Laboratory in Lemont etwa aus 8 Kilogramm Lithium, 35 Kilogramm Nickel, 20 Kilogramm Mangan und 14 Kilogramm Kobalt.

- Lithium selbst ist knapp. Einem BNEF-Bericht vom Juni 2021 zufolge müssten die vorhandenen Reserven – 21 Millionen Tonnen laut dem US Geological Survey – ausreichen, um die Umstellung auf Elektrofahrzeuge bis Mitte des Jahrhunderts zu bewältigen (www.spektrum.de/news/elektroautos-was-wenn-die-akkus-ausgehen/1918687#?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE).
- Kobalt stellt den teuersten und problematischsten Bestandteil der Akkus für Elektrofahrzeuge dar. Die weltweiten [Reserven an Kobalt](#) betragen etwa 7 Millionen Tonnen, von denen die Hälfte im Kongo vorkommt.
- Für die Produktion von hoch-energetischen Kathodenmaterialien ist nur das sogenannte Grade I-Nickel geeignet. Dessen [Vorräte](#) belaufen sich derzeit auf 0,220 Millionen Tonnen.

Jedoch werden seltene Rohstoffe nicht nur für die Batterien, sondern auch für die Generatoren der Windmühlen, Elektromotore für die Elektroautos, Wärmepumpen und viele andere Anwendungen benötigt.

Zum Einsatz kommen in Generatoren und Motore beispielsweise mehr und mehr Neodym-Magnete. Neodym wird fast ausschließlich in China gewonnen. Man kann sich vorstellen, wie sich da die Preise entwickeln werden. Eine andere Option für die Dauermagnete sind Ferrit-Magnete, für die wieder Strontium oder Kobalt benötigt werden, also ebenfalls seltene Elemente. Nachhaltigkeit sieht anders aus! Man kann sich lebhaft vorstellen, dass diese seltenen Rohstoffe in Bälde von irgendwelchen Akteuren gehortet werden, so wie es jetzt schon beim Kupfer der Fall ist, um die [Preise ins Phantastische](#) zu treiben!

Auch für die [Photovoltaikpaneele](#), die ja das Rückgrat der alternativen Energien werden sollen, sieht die Materialverfügbarkeit triste aus. Bei seltenen Solarzellenmaterialien wie etwa Indium, Gallium, Tellur und Selen überschreitet der weltweite Verbrauch (Indium etwa 850 Tonnen, bei Gallium etwa 165 Tonnen) die jährliche Produktionsmenge. Auffallend war der stark steigende Verbrauch von Indium in Form von Indium-Zinn-Oxid in der Flüssigkristall- und OLED-Bildschirmherstellung sowie die Verwendung von Gallium und Indium in der Produktion von Leuchtdioden zur Produktion energiesparender Leuchtmittel und als Hintergrundbeleuchtung für Flachbildschirme.

Bei dem auch bei der Herstellung von Leuchtdioden bedeutsamen Indium wird einerseits bis 2035 mit einem Versiegen der Ressourcen gerechnet, da sich die theoretischen Indiumvorräte im Jahr 2006 auf nur 6000 Tonnen, die ökonomisch abbaubaren Reserven auf sogar nur 2800 Tonnen beliefen. Andere Quellen reden von 50.000 Tonnen und Speisung des Verbrauchs aus Recycling. Die Sekundärproduktion, also das Recycling, übertrifft die Primärproduktion und lag im Jahr 2008 bei 800 Tonnen.

Die Situation bei Selen und beim noch selteneren Tellur (beide Halbmetalle liegen in geringer Konzentration im Anodenschlamm der Kupferelektrolyse vor) erscheint auf den ersten Blick weniger kritisch, da die Kupferproduzenten derzeit nur einen Teil des in Metallelektrolyse anfallenden Anodenschlammes zur Selen- oder Tellurgewinnung einsetzen. Die ökonomisch erschließbaren Selenreserven werden auf 82.000 Tonnen, die Tellurreserven auf 43.000 Tonnen geschätzt. Dies ist wenig, selbst im Vergleich zu den Reserven des ebenfalls nicht besonders häufigen Buntmetalls Kupfer von 550 Millionen Tonnen.

Die Produktionsprozesse, in denen Gallium, Indium, Selen und Tellur eingesetzt werden, verfügen über eine ungünstige Materialökonomie und müssen verbessert werden. (Ende des Wikipedia-Zitats)

Diese seltenen Materialien werden durch die Energiewende die Rolle des Goldes in der Vergangenheit übernehmen!

In jedem Falle müssen diese seltenen Materialien ständig rezykliert werden, da sie sonst sofort ausgehen. Man kann sich gut vorstellen, dass sich weltweit nur eine überschaubare Anzahl von Aufbereitungsanlagen durchsetzen werden, über die dann die für die Energiewende notwendigen Stoffströme laufen. Dadurch werden diese Stoffströme wesentlich leichter zu kontrollieren sein, als die vielen Erdgas und Erdölquellen dieser Welt! Obendrein werden die Preise für diese Materialien beliebig manipulierbar sein. Das ganze Konzept ist also auch ein gigantisches Gelddruckverfahren! Über diesen Hebel würde letztlich jede Regierung dieser Welt erpressbar sein. Dies scheint der wahre Grund für die sogenannte Energiewende zu sein!

Damit dieser Plan dauerhaft, also nachhaltig funktioniert, muss die Verwendung von Erdöl oder Erdgas international zumindest geächtet, wenn nicht sogar verboten werden. So ein

Verbot lässt sich natürlich nur durch den drohenden Untergang des Planeten begründen. Das Märchen von der „Globalen Erwärmung“ ist somit eine Kabale von Akteuren, die davon träumen die ganze Welt beherrschen zu können.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) USA: Buffalo Philharmonic Orchestra akzeptiert keine weißen oder asiatischen Dirigentenkandidaten

20. 09. 2021



Bildquelle: National Review

Seit Jahrzehnten versuchen die Orchester, das Ungleichgewicht zwischen den Rassen in ihren Reihen durch die Schaffung neuer Möglichkeiten für junge Künstler auszugleichen. Sie haben Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit und Engagement eingerichtet, um junge Menschen, die nur selten mit klassischer Musik in Berührung kommen, zu erreichen, sie haben Musikprogramme in öffentlichen Schulen entwickelt und junge und unterschiedliche Musiker gefördert. Diese Bemühungen zahlen sich nun aus, denn viele dieser jungen Künstler erhalten weiterhin begehrte Positionen in Orchestern.

Wie ein Großteil unserer Gesellschaft haben jedoch auch die Orchester in den letzten anderthalb Jahren begonnen, das Ziel der „Chancengleichheit“ durch „Fairness“ zu ersetzen. Geplagt von der Schuld der rassistischen Ausgrenzung in der klassischen Musik in der fernen Vergangenheit, verfolgen viele die Strategie, den alten Rassismus mit neuem Rassismus zu bekämpfen. Damit riskieren sie, einige unserer größten künstlerischen Institutionen von vereinigenden Leistungsgesellschaften mit gegenseitigem Respekt und künstlerischer Exzellenz in musikalisch mittelmäßige soziale Schlachtfelder zu verwandeln.

Der Angriff auf das „Blind Audition“-Verfahren ist ein Beispiel dafür. Bei Blind Auditions bewerten die Orchester die Bewerber, indem sie sie hinter einem Bildschirm anhören, so

dass die Richter die Musiker ohne Rücksicht auf Rasse, Geschlecht oder andere nicht-musikalische Merkmale auswählen können. In jüngster Zeit ist diese Innovation des Probespiels – die weithin als Mittel zur Verringerung der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Rekrutierung von Orchestern angesehen wird – in einigen Spitzenorchestern des Landes in die Kritik geraten, weil sie dazu geführt hat, dass zu wenige farbige Musiker eingestellt wurden.

Ebenso gefährlich – und weniger diskutiert – ist die zunehmende Diskriminierung bei der Einstellung von Intendanten. Sie kommt nicht nur bei der Auswahl von Bewerbern, sondern auch bei der Ausschreibung von Stellen vor. Dies zeigt sich in den meisten Stellenausschreibungen für Dirigenten, insbesondere für Assistenzdirigenten (d. h. der erste Schritt für junge Dirigenten), die inzwischen eine Variation des folgenden Satzes enthalten: „Angehörige von Gruppen, die in der klassischen Musik unterrepräsentiert sind, insbesondere Angehörige der [Rassengruppe x, y, z], werden ermutigt, sich zu bewerben“.

Orchester, denen eine solche Formulierung nicht ausschließend genug ist, haben sich für „Stipendien“ entschieden – vorberufliche Lern- oder Mentoring-Möglichkeiten, die bestimmten Rassen- oder Geschlechtergruppen, insbesondere Frauen oder Minderheiten, vorbehalten sind. Indem sie diese Möglichkeiten als „Stipendien“ und nicht als Arbeitsplätze bezeichnen, können sie die Antidiskriminierungsgesetze umgehen. Aber die Orchester dehnen diese Strategie nun auch auf traditionelle Arbeitsplätze aus.

Das vielleicht offensichtlichste Beispiel ist das Buffalo Philharmonic Orchestra (BPO), das vor kurzem die Schaffung einer Stelle als „Conductor Diversity Fellow“ bekannt gegeben hat, deren Aufgaben – wenn man die Stellenbeschreibung genau liest – praktisch identisch mit denen eines Assistenzdirigenten in vergleichbaren Orchestern sind, mit einem Unterschied: Die Anzeige bittet ausdrücklich um Bewerbungen von Personen, „die sich als Mitglieder von Gruppen identifizieren, die in amerikanischen Orchestern historisch unterrepräsentiert sind, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Afroamerikaner, Hispanoamerikaner, amerikanische Indianer, Alaska Natives, Native Hawaiians oder Pacific Islanders.“

Quelle: [National Review](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Die USA brauchen Russland, um den Kalten Krieg mit China zu gewinnen

Von Ted Galen Carpenter

18. 09. 2021



Bildquelle: CM

Die Beziehungen der USA zu Russland und der Volksrepublik China werden immer schlechter. Es ist kein Zufall, dass diese beiden Länder in der [jährlichen Bedrohungsanalyse der Geheimdienste für 2021](#) als große Bedrohung für die USA dargestellt werden.

Eine konfrontative Politik gegenüber zwei Großmächten gleichzeitig zeugt von großer außenpolitischer Unerfahrenheit und schafft eine potenziell gefährliche Situation. Henry Kissinger hat einmal gesagt, dass Washington stets versuchen sollte, mit Moskau und Peking bessere Beziehungen zu unterhalten als mit den anderen Ländern. Die jüngsten Regierungen haben gegen diese weise Warnung verstoßen, und die USA befinden sich nun in der Lage, einen kalten Krieg an zwei Fronten zu führen. Darüber hinaus sind beide Schauplätze des Kalten Krieges vor allem aufgrund der Ungeschicklichkeit der US-Außenpolitik ernsthaft in Gefahr, heiß zu werden. Die Regierung von Joe Biden hat noch Zeit, diesen ruchlosen Trend umzukehren, aber dazu bedarf es drastischer Änderungen in der Strategie Washingtons.

Die politischen Entscheidungsträger müssen von Grund auf neu beginnen. Wenn sie entschlossen sind, einen kalten Krieg auch nur an einer einzigen Front zu führen (was an sich nicht unbedingt eine kluge Politik ist), müssen sie zwei wichtige Schritte unternehmen. Die erste besteht darin, die Beziehungen zu dem kleineren Gegner zu verbessern. Die andere besteht darin, so viele sekundäre und periphere Engagements wie möglich loszuwerden. Leider scheint die Regierung Biden nicht bereit zu sein, beides zu tun.

Einige Analysten sind der Ansicht, dass die Entscheidung des Präsidenten, den scheinbar endlosen Einsatz in Afghanistan zu beenden, darauf hindeutet, dass er das Feld räumen will, um sich auf die Herausforderungen gleichwertiger Konkurrenten – vor allem Russland und China – zu konzentrieren. Es deutet jedoch wenig darauf hin, dass die Entscheidung über Afghanistan Teil eines umfassenderen Plans ist. Die Regierung Biden scheint nicht geneigt zu sein, ähnliche Rückzüge aus dem Irak oder Syrien vorzunehmen. Das Tempo der US-Militäraktivitäten in diesen beiden Ländern ist nach wie vor hoch, und Washington scheint neue Energie darauf zu verwenden, Bashar al-Assad an den Rand zu drängen oder zu stürzen. Die Beziehungen zwischen den USA und der von Saudi-Arabien geführten Golfkoalition mögen sich zwar etwas abgekühlt haben, aber die Regierung Biden pflegt nach

wie vor die traditionelle Klientelbeziehung zu Riad. Trotz offizieller Zusicherungen, dass Washington seine Unterstützung für den saudischen Krieg im Jemen zurückzieht, leisten die USA weiterhin nachrichtendienstliche und logistische Unterstützung.

Selbst der viel gepriesene Abzug der US-Streitkräfte aus Afghanistan ist weniger umfangreich als von den Medien und offiziellen Sprechern behauptet. Offenbar wird eine beträchtliche Anzahl von Geheimdienstagenten im Land bleiben. Darüber hinaus hoffen die USA, ihre militärische und nachrichtendienstliche Präsenz in den zentralasiatischen Nachbarländern aufrechtzuerhalten, wenn nicht sogar zu verstärken.

In der näheren Umgebung versucht Washington weiterhin, die linksextremen Regime in Kuba, Nicaragua und Venezuela einzudämmen bzw. zu schwächen. Es mehren sich die Stimmen, die Washington zu einer humanitären Intervention auffordern, um das wachsende Chaos in Haiti einzudämmen und die chronische Inkompetenz der Verwaltung zu beseitigen. Wenn die Regierung nicht willens oder in der Lage ist, der Versuchung zu widerstehen, die Angelegenheiten solch kleiner und dysfunktionaler Länder zu umfassend zu regeln, wird das Feld der Außenpolitik viel zu unübersichtlich werden.

Die Regierung scheint noch weniger in der Lage zu sein, die entscheidende Entscheidung darüber zu treffen, wer zwischen Russland und China der Hauptgegner ist. Stattdessen bringt sie beide weiter gegeneinander auf. Dies birgt nicht nur die Gefahr einer sehr gefährlichen strategischen Überdehnung, sondern führt auch zu einer Annäherung zwischen Moskau und Peking. Die derzeitige US-Politik schafft also das Gegenteil von Kissingers Modell: eine Situation, in der Moskau und Peking engere Beziehungen zueinander entwickeln als zu den Vereinigten Staaten. Eine aus Sicht der amerikanischen Interessen völlig unbefriedigende Situation.

Die umfangreichen wirtschaftlichen Beziehungen – insbesondere der jährliche Waren- und Dienstleistungsverkehr in Höhe von 638,4 Mrd. USD (Zahlen für 2019, letzte Zahlen vor dem Covid) – zwischen den USA und der VR China können dazu beitragen, einen Abbruch der bilateralen Beziehungen zu verhindern. In den Beziehungen Washingtons zu Russland gibt es keinen vergleichbaren Puffer. Der bilaterale Handel belief sich im Jahr 2019 auf lediglich 34,9 Milliarden US-Dollar. Selbst im Falle Chinas scheinen die wirtschaftlichen Faktoren allein nicht auszureichen, um ein Abgleiten in einen kalten Krieg zu verhindern. Der erbitterte Handelsstreit, der während der Amtszeit von Donald Trump entstanden ist und unter Präsident Biden fortgesetzt wird, hat zur Verschlechterung der Beziehungen beigetragen.

Wirtschaftliche Erwägungen allein sind nicht ausschlaggebend für die Beziehungen zwischen Staaten, insbesondere wenn es sich um Großmächte handelt. Sicherheitskalküle, die Notwendigkeit, die öffentliche Meinung zu beschwichtigen, Fragen des nationalen Prestiges können (und haben in der Vergangenheit manchmal) die Oberhand über starke wirtschaftliche Faktoren gewonnen. Es sei daran erinnert, dass Frankreich und Deutschland 1914 die größten Handelspartner des jeweils anderen waren, aber diese Beziehung, so wichtig sie auch war, hat sie nicht daran gehindert, auf ein kontinentales Blutbad zuzusteuern. Man sollte nicht davon ausgehen, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und der VR China ausreichen, um einen kalten oder gar einen heißen Krieg zu verhindern.

Die in den letzten Jahren zunehmenden Spannungen rund um Taiwan und die Territorialstreitigkeiten im Süd- und Ostchinesischen Meer deuten darauf hin, dass der strategische Druck auf ein unangenehmes Ergebnis hinweist. Die Luft- und Marinepräsenz Washingtons in den beiden Meeren sowie in der äußerst kritischen Straße von Taiwan

nimmt rapide zu; Peking reagiert zunehmend verärgert. Die Regierung Biden drängt Japan, eine stärkere Rolle bei der impliziten Politik der Eindämmung der chinesischen Macht zu spielen. Er betonte auch die anhaltenden Bemühungen der USA, Japans Eigentum und Kontrolle über die Senkaku-Inseln (Diaoyu) zu schützen, die Peking ebenfalls beansprucht.

Die Verschlechterung der Beziehungen Washingtons zu Russland ist sogar noch ausgeprägter. Allein im Juni und Juli verabschiedeten die Vereinigten Staaten eine Reihe neuer Maßnahmen, die heftige russische Proteste hervorriefen. Washington hat mit Ungarn ein Abkommen über die Nutzung von zwei Luftwaffenstützpunkten durch die US-Streitkräfte unterzeichnet. Dieser Schritt ist nur der jüngste Ausdruck der raschen Verstärkung der amerikanischen Militärpräsenz in Osteuropa, die in direktem Widerspruch zu den Zusicherungen steht, die frühere Präsidentschaftsregierungen Moskau gegeben hatten. Am 12. Juli begannen die USA und 11 NATO-Verbündete eine Reihe von Kriegsspielen im Schwarzen Meer, die auf die Kriegsspiele im selben Gewässer folgten, an denen 32 Nationen vierzehn Tage lang beteiligt waren. Solche Militärmanöver sind für Russland von Natur aus bedrohlich, da sie in unmittelbarer Nähe zu seinem wichtigen Marinestützpunkt in Sewastopol stattfinden. Weiter nördlich führten die US-Streitkräfte gemeinsame „Militärübungen“ mit Einheiten aus der Ukraine, Polen und Litauen durch.

Kriegsspiele sind nicht die einzigen jüngsten Manifestationen der US-Kriegslust gegenüber Russland. Mitte April wies die Regierung Biden russische Diplomaten aus und verhängte neue Sanktionen gegen Moskau wegen angeblicher Einmischung in die US-Wahlen 2020 und angeblicher Untätigkeit bei Cyberangriffen von russischem Boden aus. Präsident Biden verschärfte die ohnehin schon frostigen bilateralen Beziehungen, als er den russischen Präsidenten Wladimir Putin als „seelenlosen Mörder“ bezeichnete.

Es gibt zahlreiche Anzeichen für eine zunehmende Zusammenarbeit zwischen Russland und der VR China als Reaktion auf den Druck der USA auf beide Länder. Einige Analysten spekulieren sogar über das Entstehen einer De-facto-Allianz. Eine solche Schlussfolgerung mag verfrüht sein, aber es besteht kaum ein Zweifel daran, dass die bilateralen Beziehungen enger werden und sich die Zusammenarbeit über die diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Fronten erstreckt.

Der Anstieg der russisch-chinesischen Zusammenarbeit ist weitgehend eine Folge der US-Politik gegenüber den beiden Ländern, insbesondere gegenüber Russland. Die kriegerische Haltung Washingtons gegenüber Moskau hinterließ bei der russischen Führung den Eindruck, dass sie keine andere Wahl hatte, als die Beziehungen zu Peking zu intensivieren, um ein Gegengewicht zu schaffen. In Anbetracht der ausgedehnten Grenze zwischen Russland und China und der impliziten Konkurrenz zwischen den beiden Ländern um die Vorherrschaft in Zentralasien sollten Moskau und Peking normalerweise mehr Angst voreinander haben als vor den USA. Es bedurfte eines außergewöhnlich ungeschickten und abrupten Verhaltens Washingtons, um diesen Vorteil zu verlieren.

Einige könnten argumentieren, dass der klügste Kurs für die Regierung Biden darin bestünde, das zunehmend schwierige und unerfüllbare Ziel der Aufrechterhaltung der globalen Vorherrschaft der USA aufzugeben und gleichzeitig zu versuchen, die Beziehungen zu Russland und China zu verbessern. Zumindest muss Washington eine Entscheidung treffen: Es muss versuchen, entweder mit Russland oder mit China Frieden zu schließen, um sich auf eine wirksame Konfrontationspolitik gegenüber der jeweils anderen Macht zu konzentrieren. Eine rationale Einschätzung würde China als den fähigsten und entschlossensten Herausforderer ausmachen. Washington sollte sich daher bemühen, die Beziehungen zu Russland, der geringeren Bedrohung, zu verbessern. Mit einer Wirtschaftsleistung von 1400 Milliarden Dollar liegt Russland an elfter Stelle in der

Welt, hinter Südkorea und knapp vor Brasilien. Umgekehrt ist China mit 15.200 Milliarden Dollar die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Diese Zahlen zeigen, dass Russland ein zweitrangiger wirtschaftlicher Akteur ist und China ein gleichwertiger starker Konkurrent ist, der den Abstand zu den Vereinigten Staaten rasch aufholt. Darüber hinaus setzt Peking seine finanziellen Ressourcen eifrig ein, um seinen Einfluss in der Welt zu vergrößern. Russland kann nicht einmal auf eine solche Fähigkeit hoffen.

Militärisch mag Russland der gefährlichste Feind sein, aber Moskaus Schlagkraft ist fast ausschließlich auf sein umfangreiches Atomwaffenarsenal zurückzuführen. Was die konventionelle Bewaffnung betrifft, so sind Chinas Streitkräfte (insbesondere die Marine) mindestens so stark wie die russischen Streitkräfte, da Peking in den letzten zwei Jahrzehnten hoch entwickelte Systeme finanziert und entwickelt hat. Darüber hinaus haben John Mueller und andere kluge Experten festgestellt, dass Atomwaffen zwar zur Abschreckung nützlich sein können, aber nicht besonders effektiv sind, um andere Länder einzuschüchtern. Und zumindest, wenn die Führer des Landes nationalen Selbstmord begehen wollen, sind diese Waffen für die Kriegsführung völlig nutzlos.

Wenn die Regierung Biden entschlossen ist, die USA gegen einen potenziellen Rivalen auszuspielen, um dessen Stärke einzudämmen, dann ist China bei weitem der glaubwürdigste Anwärter auf die Position Amerikas als derzeitiger globaler Hegemon. Dies bedeutet, dass die USA so bald wie möglich eine Annäherung an Moskau anstreben sollten. Der Versuch, einen kalten Krieg an zwei Fronten zu führen, ist die denkbar schlechteste Option. Leider scheint dies tatsächlich die Strategie Washingtons zu sein. Bestenfalls wird dieser Ansatz eine bereits alarmierende strategische Überdehnung verstärken, die das Land nicht nur wirtschaftlich erschöpft. Wahrscheinlich wird es auch zu einer endgültigen diplomatischen und militärischen Konfrontation kommen, bei der ein russisch-chinesisches Bündnis die Vereinigten Staaten und ihr ausgefranstes Netz von Verbündeten und widerstrebenden Kunden überholen wird.

Ein Kurswechsel ist dringend erforderlich, und er muss mit einer weit weniger kriegerischen Politik gegenüber Russland beginnen.



Ted Galen Carpenter

Senior Fellow für Außenpolitik und Verteidigungsstudien am Cato Institute in Washington, USA. Dokortitel in amerikanischer Diplomatiegeschichte (Universität von Texas). Er ist Autor von zwölf Büchern und hat Artikel in großen amerikanischen Zeitungen veröffentlicht.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION, als autorisierte Übersetzung aus „THE AMERICAN CONSERVATIVE“ (Original).

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Gesunder Menschenverstand, Anstand, Menschlichkeit und geistige Werte über alles...

Von Dominique Baettig

17. 09. 2021



Dominique Baettig (SVP) -
Foto: parlament.ch / Wikimedia

Es gibt immer noch großzügige, aber naive Menschen in diesem Land, die glauben, dass alles offen diskutiert werden kann, dass es Pluralismus gibt, dass eine Debatte möglich ist, dass es Alternativen gibt, die man vorschlagen kann, wenn nicht sogar Kompromisse.

Aber sie irren sich leider... Die neue Regenbogenreligion, deren Gebote heute lauten: Vielfalt, Parität, Kampf gegen Diskriminierung, Rettet den Planeten, Kampf gegen die globale Erwärmung, Pflicht zur Erinnerung, Reue über den kolonialistischen westlichen Menschen, rauchige Gender-Theorie mit dem subjektiven Recht, sich in einer schwankenden Identität zu fühlen, Migration für alle, drängt sich mit der moralischen Autorität einer aggressiven und dominierenden Minderheit auf. Auferlegt von supranationalen Gremien, gefördert von Einflussnehmern, die es verstehen, die letzten Reste von nationaler, demokratischer oder politischer Souveränität zu umgehen. Man kann sich dem leuchtenden Fortschritt der Gesellschaft nicht widersetzen, nicht einmal einfache Fragen oder Zweifel äußern. Die Welt hat sich verändert, Stereotypen zerfallen, die Dekonstruktion sozialer Bindungen, Abstammung und Elternschaft werden als befreiend und jubelnd dargestellt. Über solch offensichtliche Tatsachen braucht man nicht zu diskutieren. Und diejenigen, die es wagen, dies zu tun, werden dämonisiert: Reaktionäre, Faschisten, Rassisten, Homophobe usw. Die Frage, die am 26. September bei der Schweizer Volksabstimmung gestellt wurde, ist einfach: Sie müssen die Ehe für alle sofort

akzeptieren, und der Rest (PMA, Adoption, erleichterte Einbürgerung, Samenspende als Ausgleich für die Unmöglichkeit der Fortpflanzung, wenn man ein „Paar“ ist) kommt automatisch gleich danach.

Es ist, gelinde gesagt, erstaunlich, dass eine Gemeinschaft, die der Ehe schon immer wenig Bedeutung beigemessen hat (weil sie in erster Linie darauf abzielt, Kinder in einem stabilen und sicheren Umfeld zu gebären und die Abstammung und das Eigentum zu übertragen), sich für die Durchsetzung einer künstlichen rechtlichen Gleichstellung einsetzt. Die Scheidung ist zu einem häufigen Ergebnis geworden (eine von zwei Ehen wird geschieden), und es gibt bereits andere Alternativen als Alternativverträge. Warum also dieses zwingende politisch-kommunitäre Theater?

Die neue unersättliche Religion der Gleichheit und der Rechte um jeden Preis sucht ständig nach maximalistischen Fortschritten... LGBT-Forderungen fügen sich in andere Strategien Soros-ähnlicher globalistischer Netzwerke (und anderer Gafams) ein, um die Dekonstruktion sozialer, verwurzelter, spiritueller, demokratischer Souveränitätswerte und der Komplementarität der Geschlechter zu beschleunigen. Autonomie in der Sexualität, bei der Zeugung und Erziehung von Kindern, beim Schutz des Eigentums, beim Recht, die eigene Gesundheit nach den eigenen Bedürfnissen zu verwalten.

Diese Demontage beruht zum Teil auf einem revanchistischen und inversiven Feminismus, der den Vater aus der Vaterschaft herausnehmen will, indem er ihn durch medizinische Techniken ersetzt, die es nun ermöglichen, Fantasien zu verwirklichen und die Realität nach Belieben zu verändern. Wir vergessen die psychoanalytischen Beiträge von Lacan, der die psychoseauslösende Rolle der Verdrängung des Namens des Vaters aus dem Diskurs der Mutter aufgezeigt hat. Die Ehe für alle ist nicht das Hauptziel, sondern der Zugang zu den Neo-Bedürfnissen der Fortpflanzung, die der Transhumanismus, die Medizintechnik und die Abkehr von der Natur zugunsten einer entmenschlichten, lukrativen, elitären Technologie ermöglichen. Begrenzung des Bevölkerungswachstums und der symbolischen Lebensphasen wie Sexualität, Empfängnis, natürliche Geburt, Aufbau von Identität und Autonomie durch die Auseinandersetzung mit den symbolischen Phasen und dem Unterschied zwischen den Geschlechtern, Generationen und Rollen.

Die Taliban überall...

Wenn die US-Regierung nach einem chaotischen Krieg den Platz den religiösen Rigoristen überließ, deren Archaismus sie zu bekämpfen vorgab, ist es interessant festzustellen, dass die Taliban des neuen Moralismus und Puritanismus der gesellschaftlichen und Regenbogen-Linken zu Hause die gleichen Methoden anwenden: Entlarvung von Statuen, kompensatorischer Opfer-Rassismus, Universitätsverbote mit der „Woke“-Kultur, Entsexualisierung sexueller Rollen durch Jagd auf Männer, die des Missbrauchs und der Belästigung verdächtigt werden. Ganz zu schweigen von der sozialen Distanzierung und der Berührungshobie.

Diese Tendenzen, die darauf abzielen, die Gesellschaften zu atomisieren, zu isolieren, indem sie die sozialen, verwandtschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen aufbrechen, und sie flüssiger zu machen, bereiten eine Katastrophe vor, die mit der digitalen Diktatur und ihrer Versklavung, dem Rückzug des Menschen angesichts der Technologie und der künstlichen Intelligenz, dem Transhumanismus, der Verwaltung des Genoms durch Maschinen und Computer, der Privatisierung durch die Monopolisierung unserer Immunität und der Kommodifizierung des Menschen einhergeht. Ganz zu schweigen von der Herstellung von Königskindern und autistischen Kindern.

Die kovidianische Religion, die Medizintechnik für alle Phantasien, das individualistische Recht, die Kontrolle der Meinungen und unseres täglichen Handelns, all dies gehorcht derselben Dynamik der Entmenschlichung, der totalitären sozialen und mentalen Kontrolle. Diese Abstimmung ist wichtig. Die Dampfwalze der gesundheitlichen und ideologischen Tyrannei kann gestoppt werden. Für die politische Klasse hat Covid das Sagen, die Experten erraten seine Absichten und die Politiker sagen den „Bedauernswerten“ der guten Menschen, wie sie sich noch zu verhalten haben. Das ist genug.

Dominique Baettig ist ehemaliger Schweizer Nationalrat der SVP und souveränistischer Aktivist

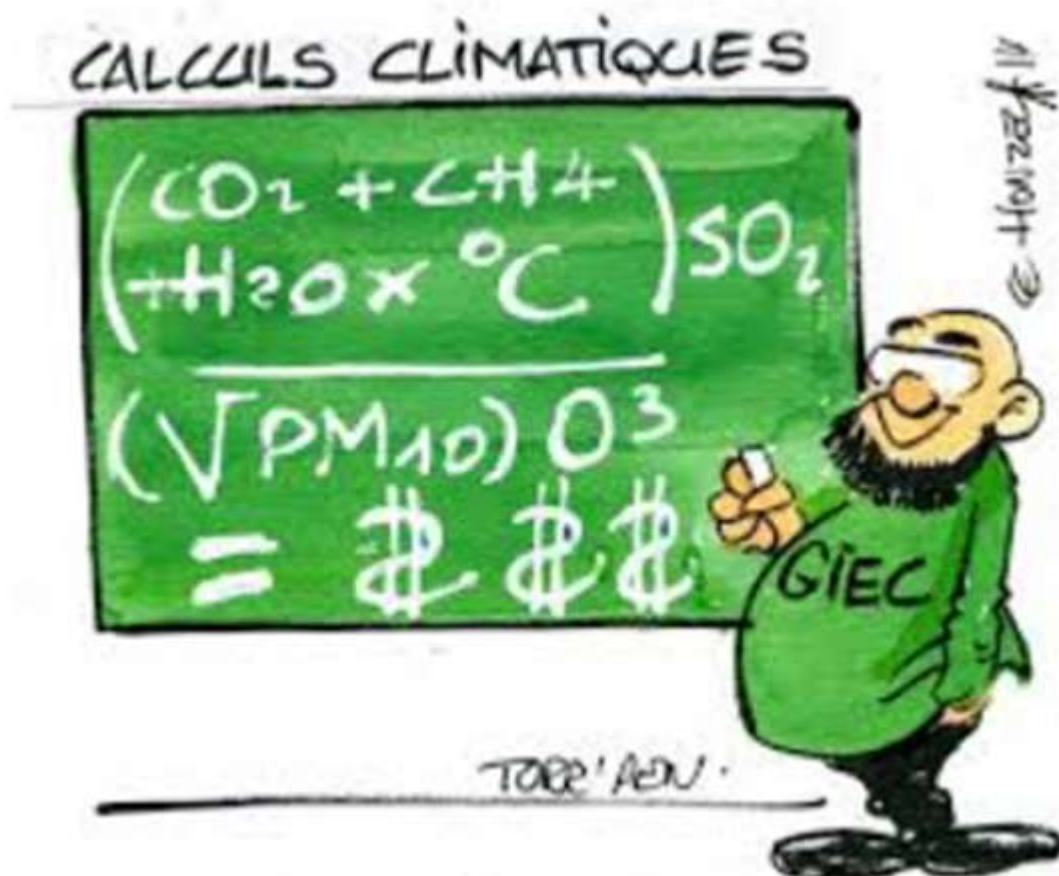
Quelle: [Les Observateurs](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Globale Erwärmung: Versucht das IPCC, uns Angst zu machen?

Jean-Philippe Delsol

17. 09. 2021



Bildquelle: LesObs

Der im Sommer 2021 vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC = Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat, GIEC) veröffentlichte 3.949 Seiten umfassende Bericht über den Wissensstand der Klimawissenschaft wurde andernorts bereits ausführlich kommentiert. Die Schlussfolgerung der „Zusammenfassung für

Entscheidungsträger“ ist erschreckend: „Eine globale Erwärmung von 1,5°C bis 2°C wird im Laufe des 21. Jahrhunderts überschritten werden, wenn in den kommenden Jahrzehnten keine tiefgreifende Verringerung der CO₂-Emissionen erfolgt“. Andere Schlussfolgerungen hingegen relativieren die Situation.

Dies ist der Fall bei Steven Koonin, einem amerikanischen Physikprofessor und Spezialisten für Computerklimamodelle, in seinem im Mai 2021 erschienenen Buch *Unsettled: What Climate Science Tells Us, What It Doesn't, and Why It Matters*. Zuvor hatte er am 19. September 2014 im Wall Street Journal einen Artikel mit dem Titel „*Climate Science Is Unsettled*“ veröffentlicht, in dem er den anthropogenen Ursprung der Erwärmung anzweifelte.

Aufgrund seiner Position wurde Professor Koonin von der IPCC-Gemeinschaft ausgegrenzt. Dies gilt auch für den französischen Professor Pascal Richet, der anhand der Wostok-Eiskerne die Temperatur und den Kohlenstoffgehalt in den letzten 420.000 Jahren zurückverfolgte und feststellte, dass der Temperaturanstieg dem Anstieg des Kohlenstoffgehalts in der Luft vorausging und nicht umgekehrt, was die Idee einer vom Menschen verursachten Erwärmung in Frage stellt. Ein IPCC-Vertreter bezeichnete ihn sofort als „Leugner“ und versuchte, seinen Aufsatz „*The temperature-CO₂ climate connection: an epistemological reappraisal of ice-core messages*“ aus der angesehenen Fachzeitschrift *History of Geo- and Space Sciences* entfernen zu lassen, in der er nach einer Peer Review veröffentlicht wurde.

Es stimmt, dass sich das Klima erwärmt, und es ist wichtig, die Ursachen dafür zu kennen, um zu versuchen, seine Auswüchse zu vermeiden. Wenn der Mensch die Ursache ist, dann wäre vielleicht eine Rückkehr zu einer vorindustriellen Gesellschaft eine Lösung, um zu verhindern, dass die übermäßige Erwärmung uns alle langsam umbringt. Wir müssen jedoch vorsichtig sein, denn Degrowth-Maßnahmen könnten uns noch schneller umbringen, indem wir zu einem Planeten Erde zurückkehren, der vor 1800 kaum mehr als eine Milliarde Menschen mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von nicht mehr als 30 Jahren ernähren konnte. Die Menschheit sollte nicht an der Abschaffung des Fortschritts sterben, die sie sich selbst auferlegt hätte, bevor sie über die globale Erwärmung gesiegt hat.

Zumal es in der Geschichte viele abwechselnde Phasen der Erwärmung und Abkühlung gab, auch wenn der Mensch noch kein Kohlenstoffproduzent war. Was der IPCC nur andeutet und andere mit mehr Nachdruck behaupten, ist, dass diese Erwärmung vor allem auf Astronomie und Geologie zurückzuführen sein könnte ... Das Phänomen des langsamen Absinkens vieler kleiner Vulkaninseln in die Ozeane könnte weniger auf die globale Erwärmung zurückzuführen sein als auf das Absinken, das durch die thermische Kontraktion des Grundgesteins dieser Inseln bei seiner Abkühlung im Laufe der Zeit verursacht wird. Die Gletscher stellen ein zu geringes Wasservolumen dar, als dass ihr Abschmelzen tatsächlich zum Anstieg des Meeresspiegels beitragen könnte.

Tausende von Wissenschaftlern haben in Studien oder Petitionen ihre Skepsis gegenüber dem anthropogenen Ursprung der Erwärmung zum Ausdruck gebracht, vom Physiker F. Seitz, dem ehemaligen Präsidenten der International Polar Foundation, bis hin zu dem italienischen Geologieprofessor Uberto Crescenti, Autor einer Studie aus dem Jahre 2019.

Wenn der Klimawandel von anderen Faktoren abhängt, müssen andere Mittel mobilisiert werden, vorausgesetzt, sie existieren und sind wirksam. Es ist Sache der Wissenschaftler, uns zu sagen, was wir tun sollen. Aber wir können uns wundern, dass der von der UNO gegründete IPCC versucht, nur übereinstimmende Meinungen zu sammeln, was als „Konsens“ bezeichnet wird, um zu erklären, dass der Mensch der Hauptschuldige an der

Erwärmung ist. Wenn sich diese These als falsch erweisen sollte, würde sie natürlich alle ihre Schlussfolgerungen und Empfehlungen zugunsten einer Kollektivierung der Welt umwerfen, um im Eiltempo zurückzuschreiten.

Doch das IPCC könnte auch Recht haben. Seine Haltung gegenüber dem geringsten Widerspruch sät hingegen Zweifel, ob man es nicht aus Sorge um die Zuverlässigkeit der Thesen vorzöge, ihre Gegner zum Schweigen zu bringen, sogar durch Einschüchterung, anstatt mit ihnen zu diskutieren und sie zu widerlegen. Auf diese Weise entzieht man sich der wissenschaftlichen Praxis, die eine Konfrontation der Standpunkte erfordert. Und wir können uns Sorgen machen, dass dies nur erfolgt, um eine Ideologie durchzusetzen, mit der wir das Recht haben, nicht einverstanden zu sein.

Man muss kein Wissenschaftler sein, um von denjenigen, die einen Beruf daraus machen, Respekt für Transparenz und widersprüchliche Ansichten zu verlangen, bevor wir akzeptieren, dass Wirtschaft und Gesellschaft zerstört werden.

Jean-Philippe Delsol ist Rechtsanwalt und Präsident Institut de Recherches Economiques et Fiscales (IREF)

Quelle: www.entreprendre.fr/rechauffement-climatique-le-giec-cherche-t-il-a-nous-faire-peur/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Rechtfertigt internationales Recht die US-Vorwürfe gegen China?

Von MEHMET SUKRU GUZEL

17. 09. 2021



Nach dem Völkerrecht müssen sich Staaten bei ihren Vorgehen an dem allgemein anerkannten Grundsatz der Sorgfaltspflicht orientieren, um anderen Staaten nicht zu

schaden. Nach Ansicht des dreimal für den Friedensnobelpreises nominierten Dr. Mehmet S. Guzel unterliegt die internationale Gemeinschaft bei der Prüfung der von den USA erhobenen Vorwürfe auf Völkermord in China der gebotenen Sorgfaltspflicht, um den Rechtsbegriff des „Völkermords“ vor Missbrauch und Herabwürdigung zu schützen.

Der Vorwurf des Völkermords an China wurde am letzten Tag der Amtszeit von Donald Trump vom damaligen Außenminister Michael Pompeo erhoben, der „keinen Hehl aus seinem Glauben an die Lüge als Mittel der US-Außenpolitik“ machte. Sowohl Präsident Biden als auch sein Außenminister Anthony Blinken haben die Aussagen des vormaligen Außenministers Mike Pompeo gebilligt, der vom „Völkermord“ an der muslimischen uigurischen Bevölkerung in der chinesischen Provinz Xinjiang sprach.

Der diesjährige Länderbericht des amerikanischen Außenministeriums über die Menschenrechtspraxis (Human Rights Practice/HRP) folgt Pompeo, der China des Völkermords in Xinjiang beschuldigt. Allerdings wird der Begriff im HRP nur zweimal erwähnt: Einmal im Vorwort und einmal in der Zusammenfassung des China-Kapitels, und den Lesern nur selbst das Rätsel der Beweisfindung überlassen. Ein Großteil des Berichts befasst sich mit Themen wie freie Meinungsäußerung und freie Wahlen, die eine grobe Verletzung der Menschenrechte darstellen würden; aber dies ist noch kein Beweis für Völkermord.

Die Pflicht, Völkermord zu verhindern, folgt der Normenhierarchie des *jus cogens*:

Das *jus cogens* entspricht Rechtssätzen, die in der Normenhierarchie zwingendes Völkerrecht darstellen. Die internationale Staatengemeinschaft ist verpflichtet das *jus cogens* „als Ganzes und Norm zu akzeptieren und anzuerkennen. Eine Modifizierung kann nur durch weiterführende Normen erfolgen, die dem allgemeinen und internationalen Völkerrecht gleichen Charakters entsprechen.“

Präsident Bidens Vorwurf des „Völkermords“ an der muslimischen uigurischen Bevölkerung in der chinesischen Provinz Xinjiang fällt in diesem Sinne unter präventive Schritte. Ein allgemeiner Einspruch zwecks präventiver Schritte der internationalen Gemeinschaft als Ganzes entstand aus dem *Absolutrecht - erga omnes* – mit Rechten und Pflichten gemäß der *Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermords (Völkermordkonvention)*, wie sie vom Internationalen Gerichtshof (IGH) für den Fall des *bosnischen Völkermords* bekräftigt wurde.

Zum Verständnis von Artikel I der Völkermordkonvention

Die Verpflichtung, Völkermord zu verhindern, ist in Artikel I der Völkermordkonvention kodifiziert. Im Fall des Völkermords in Bosnien wies der Internationale Gerichtshof (IGH) darauf hin, dass Artikel I der Völkermordkonvention nicht territorial begrenzt ist und dass es sich um eine Verpflichtung des Verhaltens und nicht um die eines Ergebnisses handelt. Der IGH begründete die extraterritoriale Verpflichtung damit, dass die Einflussnahme eines Staates verhindert werden muss.

Nachdem der IGH eine solche unabhängige und extraterritoriale Verpflichtung zur Prävention erkannt hatte, unterstrich der IGH die Bedeutung der Sorgfaltspflicht für das Verständnis ihrer Inhalte. Der IGH brachte seine Feststellung zum Ausdruck, dass die Verpflichtung zur Prävention „in dem Moment entsteht, in dem der Staat von dem Bestehen

einer ernsthaften Gefahr eines Völkermords erfährt oder normalerweise hätte davon erfahren müssen,“ was eine Risikobewertung voraussetzt, die zumindest enge Synergien mit verfahrensrechtlichen Sorgfaltspflichten aufweist.

Nach John Heieck gemäß Artikel I der Völkermordkonvention und des Völkergewohnheitsrechts, besteht dessen einziger Zweck als gemeinschaftliches und nicht als einseitiges oder bilaterales Interesse, um die vollständige oder teilweise Zerstörung nationaler, ethnischer, rassischer und religiöser Gruppen in Friedens- oder Kriegszeiten zu verhindern.

Es ist in der Tat schwierig, sich eine Vertragsbestimmung vorzustellen, die die übergeordneten Interessen und grundlegenden Werte der internationalen Staatengemeinschaft als Ganzes besser schützt als die Pflicht, Völkermord zu verhindern. Die Pflicht zur Verhinderung von Völkermord und die damit einhergehenden Sorgfaltspflichten nach Artikel I der Völkermordkonvention und dem Völkergewohnheitsrecht stellen ein *jus cogens* – *zwingendes Recht* – dar.

Die Sorgfaltspflicht im Sinne des *jus cogens* muss erfüllt sein, bevor ein Verhaltenskodex erstellt würde. Es ist die Sorgfaltspflicht im Sinne des *jus cogens*, die der internationalen Gemeinschaft eine *erga omnes* Verantwortung überträgt, um den Begriff Völkermord und die Völkermordkonvention vor Missbrauch und Herabwürdigung zu schützen.

Die Frage, ob die USA ihrer Sorgfaltspflicht nach *jus cogens* vor der Erwähnung des Völkermords in China nachgekommen sind oder nicht, stellt eine *erga omnes* Verantwortung der internationalen Gemeinschaft als Ganzes dar. Wenn die Antwort auf diese Frage negativ ausfällt, kann die Rechtmäßigkeit der Erwähnung eines Völkermordes in China durch die USA nicht als rechtlicher Verhaltenskodex definiert werden, sondern einfach als *Negationismus der Wahrheit* für das heutige China.

Wenn eine Verhandlung von Wahrheit mit einer UN-Konvention verknüpft ist, ist zu beachten, dass Artikel 103 der UN-Charta automatisch jede Verhandlung von Wahrheit annulliert.

Verhandlung der Wahrheit: Vorwürfe des Völkermords an den muslimischen Uiguren in China

Der von der US-Regierung gegen China erhobene Vorwurf des Völkermords stammt aus einer einzigen Quelle: Aus einem im Juni 2020 von der Jamestown Foundation veröffentlichten Papier von Adrian Zenz mit dem Titel „*Sterilisation, IUDs und Verpflichtung zur Geburtenkontrolle: Die Kampagne der CCP die uigurische Geburtenrate in Xinjiang zu unterdrücken*“.

Artikel von Associated Press, CNN und BBC stützten sich ebenfalls auf Adrian Zenz' Artikel, um zu behaupten, dass die sinkenden uigurischen Geburtenraten und die Anwendung von Geburtenkontrollmaßnahmen in uigurischen Bezirken der Region Xinjiang als Beweis für eine Politik des „*demografischen Genozids*“ gelten.

Nur wenige Tage nach der Veröffentlichung des Papiers von Zenz, veröffentlichte der ehemalige US-Außenminister Pompeo eine Erklärung, in der er Chinas angebliche Politik der „*Zwangssterilisation, Zwangsabtreibung und Zwangsfamilienplanung*“ als Völkermord anprangerte. US-Außenminister Pompeo persönlich hat den „*Enthüllungen von Adrian Zenz*“ den erfüllten Nachweis der Sorgfaltspflicht im Sinne des *jus cogens* zugeschrieben. Die Erklärung von US-Außenminister Pompeo muss damit im Einklang stehen.

Der IGH hat im Fall des bosnischen Völkermordes festgelegt, dass „*die Verpflichtung eines Staates zur Prävention und die entsprechende Pflicht zum Handeln in dem Moment entstehen, in dem der Staat von der Existenz einer ernsthaften Gefahr, dass ein Völkermord begangen wird, erfährt oder normalerweise hätte erfahren müssen.*“ Adrian Zenz verwendet die Formulierung „ernsthafte Bedenken“ in seinem Bericht im Schlussteil wie folgt:

„Diese Feststellungen geben Anlass zu ernsthaften Bedenken, ob Pekings Politik in Xinjiang in grundlegender Hinsicht das darstellt, was man als eine demografische Kampagne des Völkermords im Sinne von Abschnitt D, Artikel II der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords bezeichnen könnte.“

Es war notwendig, Kommentar von Zenz zu Abschnitt D, Artikel II der Völkermordkonvention mit Hilfe der Wiener Konvention über das Recht der Verträge (WVK) zu analysieren, um die Beziehung zwischen seinen Ergebnissen und der Völkermordkonvention zu verstehen.

Artikel 31 Absatz 1 des Wiener Vertragsrechtsübereinkommens enthält die wichtigste Regel für die Auslegung von Verträgen:

„Ein Vertrag ist nach Treu und Glauben in Übereinstimmung mit der gebräuchlichen Bedeutung auszulegen, die den Vertragsbestimmungen in ihrem Kontext und im Lichte ihres Ziels und Zwecks zuzuordnen sind.“

Auslegung von Vertragsbedingungen

Es gibt zwei Arten der Auslegung von Vertragstexten: i) die gewöhnliche oder konventionelle Bedeutung, die sich aus dem Sprachgebrauch einer Sprachgemeinschaft ergibt, und ii) die besondere oder nicht konventionelle Bedeutung, bei der die Vertragsparteien es für notwendig erachtet haben, einen neuen Begriff in den Vertrag aufzunehmen, oder bei der sie sich darauf geeinigt haben, die bereits vorhandenen Begriffe anders auszulegen. Diese letzte Situation ist kompliziert und ungewöhnlich, denn in diesem Fall müssten die Parteien beweisen, dass sie einer gewöhnlichen Bedeutung eine andere geben wollten.

Gemäß Artikel 31.2 des WVK ist für die Auslegung eines Begriffs in einem Vertrag auch der Kontext von großer Bedeutung: „Es liegt auf der Hand, dass der Vertrag als Ganzes gelesen werden muss und dass seine Bedeutung nicht nur anhand einzelner Formulierungen zu bestimmen ist, die, losgelöst vom Kontext, in mehr als einem Sinn ausgelegt werden könnten“, so dass wir in dieser Hinsicht auch die Präambel, die Anhänge und alle mit dem Vertrag in Verbindung stehenden Vereinbarungen oder Instrumente im Zusammenhang mit seinem Abschluss berücksichtigen müssen.

Treu und Glauben, Ziel und Zweck stehen in direktem Zusammenhang mit der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen. Artikel 31 räumt in seinem Eröffnungssatz in Paragraph 1 dem guten Glauben (*bona fides*) einen Ehrenplatz ein, der „*einer der wesentlichen Grundsätze für die Begründung und Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen*“ ist. Der Begriff wird auch im dritten Absatz der Präambel und in Artikel 26 des WVK über *pacta sunt servanda – Verträge sind einzuhalten* – erwähnt.

Damit ist der entscheidende Zusammenhang zwischen der Auslegung eines Vertrags und seiner Erfüllung hergestellt. Bei der Auslegung eines Vertrages begründet Treu und Glauben von vornherein die Vermutung, dass die Vertragsbestimmungen etwas und nicht nichts bedeuten sollten. Außerdem verlangt Treu und Glauben von den Vertragsparteien, dass sie ehrlich, redlich und vernünftig handeln und keine unlauteren Vorteile ziehen. Nach Artikel 31 steht Treu und Glauben im Mittelpunkt der Anwendung der Allgemeinen Vorschrift.

Der Wortlaut von Abschnitt D, Artikel II der Völkermordkonvention sollte anhand der WVK analysiert werden. Der Text lautet: „Maßnahmen zu ergreifen, um Geburten innerhalb der Gruppe zu verhindern“. Es gibt zwei Kriterien mit der üblichen Bedeutung für Völkermord, i) Absicht und ii) innerhalb der Gruppe. In der Präambel von Artikel II wird die Gruppe als „national, ethnisch, rassistisch oder religiös“ definiert. Die gewöhnliche Bedeutung von Abschnitt D, Artikel II, bedeutet nach der WVK, dass „Vorsatz“ nur auf nationale, ethnische, rassistische oder religiöse Gruppen oder Gruppen abzielen darf.

Variationen in der offiziellen Politik

Nach Ansicht des IGH erfordert Artikel II ein weiteres gedankliches Element, nämlich einen besonderen oder spezifischen Vorsatz oder einen *dolus specialis* oder *besondere Absicht*. Der IGH stellte klar, dass es nicht ausreicht, dass die Mitglieder der Gruppe ins Visier genommen werden, weil sie dieser Gruppe angehören, d. h. weil der Täter eine diskriminierende Absicht hat. Es ist etwas mehr erforderlich. Die in Artikel II aufgeführten Handlungen müssen in der Absicht begangen werden, die Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören. Die Worte „als solche“ unterstreichen diese Absicht, die geschützte Gruppe zu zerstören. Ein Indiz für das Vorhandensein eines bestimmten Vorsatzes (*dolus specialis*) sollte den Handlungen zugrunde liegen.

In der Rechtssache *Kupreškić et al.* (und andere) fragte das ICTY – *International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia*:

„Das Erfordernis des *mens rea* – *Schuldbewusstseins* – bei Verfolgung ist höher als bei gewöhnlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, jedoch niedriger als für Völkermord zu bewerten. In diesem Zusammenhang möchte die Strafkammer betonen, dass Verfolgung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein Vergehen ist, das zur gleichen Gattung wie Völkermord gehört. Sowohl Verfolgung als auch Völkermord sind Verbrechen, die gegen Personen begangen werden, die einer bestimmten Gruppe angehören und aufgrund dieser Zugehörigkeit zur Zielscheibe werden.“

Die Veränderungen in der offiziellen Politik der chinesischen Kommunisten zur Geburtenkontrolle werden nachgezeichnet. Sie hat sich seit der Gründung der Volksrepublik China in vier großen Phasen verändert: 1) 1949–1953; 2) 1954–1977, 3) 1978–2001, 4) 2002 bis heute. In der ersten Phase förderte die Regierung die Geburt. Während dieser Zeit entsprach das neue Bevölkerungsthema der Bedeutung einer großen Bevölkerung für die Produktion.

In der zweiten Phase begann die Förderung der Familienplanung. Die Geburtenkontrolle wurde durch Zeitungsartikel, Geburtenkontrollkliniken und die Ausbildung von Kadern in Geburtenkontrolle aktiv gefördert. Späte Heirat und Bevölkerungsbegrenzung waren die Themen dieser Bemühungen. In der Zeit von 1978 bis 2001 wurde die Geburtenkontrollpolitik verschärft, die ein Kind pro Familie förderte. Die späte Heirat wurde weiterhin gefördert; das empfohlene Heiratsalter für Frauen lag bei 23 bis 27 Jahren und für Männer bei 25 bis 29 Jahren.

Ab 2002 wurde die Politik der Geburtenkontrolle schrittweise gelockert und das am meisten extreme staatliche Geburtenkontrollprojekt der Geschichte beendet. China setzte seine Ein-Kind-Politik gegenüber der Mehrheit seiner Bevölkerung strikt durch, war aber gegenüber ethnischen Minderheiten, darunter den Uiguren, liberaler. Xinjiang verzeichnet eine positive Gesamtbevölkerungswachstumsrate, wobei die uigurische Bevölkerung im Zeitraum 2010–2018 schneller wächst als die nicht-uigurische Bevölkerung in Xinjiang.

Obwohl es sich um eine ethische und akademische Verpflichtung handelt, hat Adrian Zenz in seinem Bericht das Geburtenkontrollsystem in ganz China nicht erwähnt. Die Kriterien „*Vorsatz, dolus specialis*“ und „innerhalb einer Gruppe“ für die ernsthafte Besorgnis eines Völkermords wären nicht schlüssig gewesen, wenn Adrian Zenz das erzwungene Geburtenkontrollregime Chinas als Ganzes in seinem Bericht erörtert hätte.

Adrian Zenz hat es versäumt, die wichtigste Auslegungsregel der Völkermordkonvention nach Artikel 31.1 des WVK zu beachten. Adrian Zenz hat es versäumt, einen Bericht über die Erfüllung der Sorgfaltspflicht im Sinne von *jus cogens* zu verfassen.

Gerechtigkeit in Verbindung mit Treu und Glauben

Der Grundsatz der Gerechtigkeit ist mit dem Grundsatz von Treu und Glauben verknüpft, der im Konzept von *pacta sunt servanda – Verträge sind einzuhalten* -selbst enthalten ist. Als Bestandteil des Grundsatzes *pacta sunt servanda* verpflichtet der Grundsatz von Treu und Glauben die Völkerrechtssubjekte, die tatsächlichen Umstände und Interessen der Staaten im Anwendungsbereich einer Regel nach Treu und Glauben zu ermitteln und die anwendbare(n) Regel(n) nach Treu und Glauben auszuwählen.

Darüber hinaus verlangt dieser Grundsatz, dass die Anwendung von Regeln wirklich mit ihrem Wortlaut und ihrem Geist sowie mit den Begriffen des Völkerrechts und der Moral und anderen Verpflichtungen der Subjekte vereinbar ist; er verlangt, dass die Grenzen der Regeln nach Treu und Glauben festgelegt werden, damit sie nicht in einer Weise angewendet werden, die den Rechten und legitimen Interessen anderer Subjekte schadet, und dass Rechtsmissbrauch verhindert wird.

Der Grundsatz der loyalen Erfüllung von Verpflichtungen schreibt eine Regel der Fairness vor, die die Art und Weise der Umsetzung internationaler Rechtsnormen regelt. So ist es beispielsweise unzulässig, Täuschung zu betreiben. Letzteres ist bekanntlich ein Grund, die Gültigkeit von Verträgen anzufechten, ebenso wie Betrug.

Die UN-Charta schafft als Verfassung der internationalen Rechtsgemeinschaft Verpflichtungen für die Mitgliedsstaaten. Es gibt keinen Raum für eine Kategorie des „*allgemeinen Völkerrechts*“, die unabhängig neben der UN-Charta existiert. Vielmehr ist die UN-Charta der tragende Rahmen des gesamten Völkerrechts und zugleich die oberste Ebene in einer Hierarchie von Völkerrechtsnormen.

Artikel 103 der Charta der Vereinten Nationen lautet wie folgt:

„Im Falle eines Konflikts zwischen den Verpflichtungen der Mitglieder der Vereinten Nationen aus dieser Charta und ihren Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften haben ihre Verpflichtungen aus dieser Charta Vorrang.“

Diese Bestimmung, deren Hauptziel es ist, die Wirksamkeit des Handelns der Vereinten Nationen bei der Erhaltung des Friedens zu gewährleisten, indem den Verpflichtungen aus der Charta Vorrang vor anderen vertraglichen Verpflichtungen eingeräumt wird, ist mit einer Fülle von Unklarheiten behaftet, die von der Wurzel ihrer Bedeutung bis zu Auslegungsfragen reichen. Wenn eine Verhandlung über die Wahrheit mit einem UN-Übereinkommen verbunden ist, ist zu beachten, dass Artikel 103 der UN-Charta automatisch jede Verhandlung über die Wahrheit auf rechtlicher Grundlage ausschließt.

Die USA sind ihrer Sorgfaltspflicht nach dem Grundsatz von Treu und Glauben (*jus cogens*) nicht nachgekommen, bevor sie den Völkermord in China erwähnt haben. Die Behauptung

der USA, China habe einen Völkermord begangen, ist nach dem UN-Rechtssystem null und nichtig. Der Vorwurf des Völkermordes sollte niemals leichtfertig erhoben werden.

Ein unangemessener Gebrauch des Begriffs kann geopolitische und militärische Spannungen verschärfen und die historische Erinnerung an Völkermorde wie den Holocaust entwerten, wodurch die Fähigkeit zur Verhinderung künftiger Völkermorde beeinträchtigt wird. Die internationale Gemeinschaft als Ganzes hat die erga omnes -Verantwortung, die *Norm Völkermord* vor dem Missbrauch und der Herabwürdigung durch die Äußerungen von US-Beamten, einschließlich Präsident Biden, zu schützen.

Zum Autor: [Mehmet Sukru Guzel](#) ist ein türkischer Experte auf dem Gebiet des Rechts und der Menschenrechte. Er ist Doktor und Ehrenprofessor der Internationalen Akademie der Wissenschaften von Aserbaidschan. Er wurde dreimal für den Friedensnobelpreis nominiert.

Die in diesem Artikel geäußerten Ansichten spiegeln die des Autors wider und müssen sich nicht unbedingt mit der redaktionelle Linie von „Unser Mitteleuropa“ decken.

For our international readers please find the below original version in English:

Does international law justify US-allegations against China?

As per international law, states' activities must be based on the universally understood principle of due diligence to avoid harming other states. Therefore, according to Dr. Guzel, who is a three-time nominee for the Nobel Peace Prize, the international community has the due diligence obligation to analyse the allegations made by the US on genocide in China to protect the norm of „genocide“ from misuse and degeneration.

By MEHMED SUKRU GUZEL | The genocide charge to China was made on the final day of Donald Trump's administration by then-Secretary of State Michael Pompeo, who, "made no secret of his belief in lying as a tool of US foreign policy." Both President Biden and his Secretary of State Anthony Blinken have endorsed former Secretary of State Mike Pompeo's mentioning of a "genocide" against the Muslim Uyghur population in China's Xinjiang province.

This year's American State Department Country Reports on Human Rights Practice (HRP) follows Pompeo in accusing China of genocide in Xinjiang. But the HRP uses the term only twice, once in the preface and the other one in the executive summary of the China chapter, readers are left to guess about the evidence. Much of the report deals with issues like freedom of expression and free elections, which would constitute a gross violation of human rights; but it is not evidence of genocide.

The duty to prevent genocide is a *jus cogens* norm. A *jus cogens* norm is defined as a peremptory norm of general international law that is "accepted and recognized by the international community of states as a whole as a norm from which no derogation is permitted and which can be modified only by a subsequent norm of general international law having the same character."

President Biden's accusation of "genocide" against the Muslim Uyghur population in China's Xinjiang province is in the sense of preventive measures. A general preventive measure comment for the international community as a whole originated from the *erga omnes* character of the rights and obligations of the Convention on Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Genocide Convention) as reaffirmed by the International Court of Justice (ICJ) in the Bosnian Genocide case.

Understanding Article I of the Genocide Convention

The obligation to prevent genocide is codified in Article I of the Genocide [Convention](#). In the Bosnia Genocide case, the International Court of Justice (ICJ) mentioned that Article I of the Genocide Convention was not territorially limited and that it was an obligation of conduct and not one of the results. The ICJ premised the extraterritorial obligation to prevent a State's capacity to influence.

Having identified such an independent and extraterritorial obligation to prevent, the ICJ underscored the relevance of due diligence in understanding its contents. The ICJ expressed its finding that the obligation to prevent arises, "at the instant that the State learns of, or should normally have learned of, the existence of a serious risk that genocide will be committed" implies a risk assessment that, at the very least, has close synergies with procedural due diligence obligations.

According to John Heieck, Article I of the Genocide Convention and customary international law, whose sole purpose, as a communal, rather than a unilateral or bilateral, interest, is to prevent the destruction, in whole or in part, in peacetime or in war, of national, ethnic, racial, and religious groups.

It is indeed difficult to imagine a treaty provision that protects more the overriding interests and fundamental values of the international community of States as a whole than the duty to prevent genocide. The duty to prevent genocide and its concomitant due diligence obligations under Article I of the Genocide Convention and customary international law amount to *jus cogens*.

The due diligence responsibility amounting to *jus cogens* must be fulfilled before making any code of conduct. It is the due diligence responsibility amounting to *jus cogens* that gives the international community an *erga omnes* responsibility to protect the term Genocide and the Genocide Convention from the misuse and degradation.

The question of whether the US has fulfilled its due diligence responsibilities amount to *jus cogens* before mentioning Genocide in China or not is an *erga omnes* responsibility of the international community as a whole. If the answer to this question is negative, the legality of the mentioning of the US of any genocide in China cannot be defined as a legal code of conduct but simply be defined as negationism of the truth for today in China.

Furthermore, if any negotiation of truth is to be linked with a UN Convention, it should be noted that Article 103 of the UN Charter automatically nullifies any negotiation of truth.

Negotiation of the truth: Muslim Uyghur genocide allegations in China

The US government's accusation of genocide against China stems from a single source: a June 2020 paper by Adrian Zenz, published by Jamestown Foundation, "Sterilization, IUDs and Mandatory Birth Control: The CCP,s Campaign to Suppress Uyghur Birthrates in Xinjiang."

Articles by the Associated Press, CNN, and BBC also relied on Adrian Zenz's article to claim that plunging Uyghur birth rates and the application of birth control measures in Uyghur counties of the Xinjiang region as proof of a policy of "demographic genocide."

Just days after the publication of Zenz's paper, former US Secretary of State Pompeo issued a statement denouncing China's alleged policy of "forced sterilization, forced abortion, and coercive family planning" as genocide. US Secretary of State Pompeo personally [credited](#) the "Adrian Zenz's revelations" as a fulfilled due diligence report amount to *jus cogens*. US Secretary of State Pompeo's statement needs to be in conformity.

The ICJ in the Bosnian Genocide case specified that "a State's obligation to prevent, and the corresponding duty to act, arise at the instant that the State learns of, or should normally have learned of, the existence of a serious risk that genocide will be committed." Adrian Zenz's used the wording of "serious concerns" in his report in the conclusion part as:

"These findings raise serious concerns as to whether Beijing's policies in Xinjiang represent, in fundamental respects, what might be characterized as a demographic campaign of genocide per the text of Section D, Article II of the UN Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide."

It was necessary to analyze Adrian Zenz's commentary on Section D, Article II of the Genocide Convention through the Vienna Convention on the Law of Treaties (VCLT) to understand the relationship between his findings and the Genocide Convention.

Article 31.1 of the VCLT provides the principal rule of interpretation of a treaty: "A treaty shall be interpreted in good faith in accordance with the ordinary meaning to be given to the terms of the treaty in their context and in the light of its object and purpose."

Interpreting the terms of a treaty

The terms can be interpreted in two forms: i) ordinary meaning or conventional one: founded in a language used in a linguistic community, and ii) special meaning or non-conventional: the parties may have felt the necessity to introduce a new term in the treaty, or they agree to give another interpretation to the words already existent. This last situation is complicated and uncommon because in that case, they would have to prove the desire of giving a different meaning to an ordinary one.

In accordance with Article 31.2 of the VCLT, in order to interpret a term in a treaty, the context is also of main relevance, "It is obvious that the treaty must be read as a whole, and that its meaning is not to be determined merely upon particular phrases which, detached from the context, may be interpreted in more than one sense", so, in these regards, we also have to take in consideration its preamble, annexes and any agreement or instrument related to the treaty in connection with its conclusion.

Good Faith, object, and purposes have a direct relation to the implementation of treaty obligations. Article 31 gives pride of place in its opening sentence in para. 1 to good faith (*bona fides*) which is "one of the basic principles governing the creation and performance of legal obligations". The notion is also referred to in the third preambular paragraph and in Article 26 of the VCLT on *pacta sunt servanda*.

The crucial link is thus established between the interpretation of a treaty and its performance. When interpreting a treaty, good faith raises at the outset the presumption that the treaty terms were intended to mean something, rather than nothing. Furthermore, good

faith requires the parties to a treaty to act honestly, fairly and reasonably, and to refrain from taking unfair advantage. Article 31 envisages good faith as being at the center of the application of General Rule.

The text of Section D, Article II of the Genocide Convention should be analysed through the VCLT. The text reads as “imposing measures intended to prevent births within the group”. There exist two criteria with the ordinary meaning for genocide, i) intend and ii) within the group. The preamble of Article II defines the group as “national, ethnical, racial or religious”. The ordinary meaning of Section D, Article II according to VCLT means “intend” must target national, ethnic, racial, or religious groups or groups only.

Variations in official policy

According to the ICJ, Article II requires a further mental element, as a special or specific intent or *dolus specialis*. The ICJ specified that it is not enough that the members of the group are targeted because they belong to that group that is because the perpetrator has a discriminatory intent. Something more is required. The acts listed in Article II must be done with intent to destroy the group as such in whole or in part. The words “as such” emphasize that intent to destroy the protected group. Indicative of the presence of a specific intent (*dolus specialis*) should inspire the acts.

ICTY – *International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia* – asked in the Kupreškić et al. case

“the *mens rea* requirement for persecution is higher than for ordinary crimes against humanity, although lower than for genocide. In this context, the Trial Chamber wishes to stress that persecution as a crime against humanity is an offense belonging to the same genus as genocide. Both persecution and genocide are crimes perpetrated against persons that belong to a particular group and who are targeted because of such belonging.”

The variations in official policy toward birth control by the Chinese communists are traced. It has undergone 4 major stages of change since the foundation of the People’s Republic of China: 1)1949–1953; 2)1954–1977, 3)1978–2001, 4)2002 to the present. In the first stage, the government encouraged the birth. During that time, the new population theme was the importance of a large population to production.

The second stage began the promotion of family planning. Birth control was actively promoted through newspaper articles, birth control clinics, and the training of cadres in birth control guidance. Late marriage and population limitation were the themes of this effort. The period during 1978–2001 saw the tightening of the policy of birth control, which encouraged one child for a family. The late marriage continued to be promoted; the recommended ages for marriage for women were 23–27 and 25–29 for men.

From 2002, the policy of birth control underwent gradual liberation, ending the most extreme state birth control project in history. China strictly enforced its one-child policy on the majority of its population but was more liberal toward ethnic minorities, including the Uighur. Xinjiang records a positive overall population growth rate, with the Uighur population growing faster than the non-Uighur population in Xinjiang during 2010–2018.

Despite the fact that it is an ethical and academic obligation, Adrian Zenz failed to mention the birth control regime in the whole of China in his report. The criteria of “intent, *dolus*

special” and “within-group” for serious concerns about genocide would have been inconclusive if Adrian Zenz’s discussed the forced birth control regime of China as a whole in his report.

Adrian Zenz failed the principal rule of interpretation of the Genocide Convention subject to Article 31.1 of the VCLT. Adrian Zenz failed to write a fulfilled due diligence report amount to *jus cogens*.

Justice linked to good faith

The principle of justice is linked to the principle of good faith, which is included in the very concept of *pacta sunt servanda*. As an element of the principle *pacta sunt servanda*, the principle of good faith binds subjects of international law to identify in good faith the actual circumstances and interests of States within the scope of a rule; to select the applicable rule or rules in good faith.

Furthermore, it demands to ensure that the application of rules is truly compatible with their letter and spirit, as well as with concepts of international law and morality and other obligations of the subjects; to define in good faith the limits on rules so as not to apply them in such a way as to cause damage to the rights and legitimate interests of other subjects, and to prevent abuse of rights.

The principle of good faith fulfilment of obligations prescribes a rule of fairness, which governs the ways and means of implementing international legal norms. For example, it is inadmissible to use deception. The latter is known to be a ground for challenging the validity of treaties, as is fraud.

The UN Charter creates obligations to the member states as the constitution of the international legal community. There is no room for a category of “general international law” existing independently beside the UN Charter. Instead, the UN Charter is the supporting frame of all international law and, at the same time, the highest layer in a hierarchy of norms of international law.

Article 103 of the Charter of the UN reads as follows:

“In the event of a conflict between the obligations of the Members of the UN under the present Charter and their obligations under any other international agreement, their obligations under the present Charter shall prevail.”

This provision whose main aim is to secure the efficacy of UN action in the maintenance of peace by according priority to the obligations incurred under the Charter over other treaty commitments – is replete with a plethora of uncertainties, ranging from the root of its meaning to points on interpretation. Any negotiation of truth when is linked with a UN Convention, it should be noted that Article 103 of the UN Charter automatically nullifies any negotiation of truth on a legal basis.

The US has not fulfilled under the principle of good faith its due diligence responsibilities amount to *jus cogens* before mentioning Genocide in China. The allegation of the US on Genocide to China is null and void in the UN legal system. The charge of genocide should never be made lightly.

Inappropriate use of the term may escalate geopolitical and military tensions and devalue the historical memory of genocides such as the Holocaust, thereby hindering the ability to

prevent future genocides. The international community as a whole has the *erga omnes* responsibility to protect the norm Genocide from the misuse and degradation from the statements of the US officials, including President Biden.

[Mehmet Sukru Guzel](#) is a Turkish expert in the fields of law and human rights. He is a Ph.D. and Honorary Professor of the Azerbaijan International Academy of Sciences. He was nominated three times for the Nobel Peace Prize. The views expressed in the article are the writer's own and do not necessarily reflect the editorial policy of „Unser Mitteleuropa“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) „Unser Haus brennt“: 39 % der 16- bis 25-Jährigen haben Angst, Kinder zu bekommen

16. 09. 2021



Bildquelle: FDS

Die Zukunft ist „beängstigend“. Dies ist die Meinung von drei Vierteln der 16- bis 25-Jährigen, wie eine große Umfrage zur Klimakrise ergab, die unter 10 000 Personen dieser Altersgruppe aus zehn verschiedenen Ländern (darunter Frankreich und die USA) durchgeführt wurde. Die Ergebnisse, die in der wissenschaftlichen Zeitschrift [Lancet Planetary Health](#) veröffentlicht wurden und über die [Le Monde](#) berichtete, zeigen, dass die jungen Menschen von heute nicht nur über den Zustand des Planeten erschrocken sind, sondern auch die Hoffnung auf ihre Zukunft verlieren. So glauben beispielsweise 55 % von ihnen, dass sie weniger Chancen haben werden als ihre Eltern, und 39 % haben sogar Angst davor, Kinder zu bekommen. Und von denjenigen, die immer noch entschlossen sind, eine Familie zu gründen, sagen 52 %, dass ihre Sicherheit „bedroht sein wird“.

Quelle: [Lepoint.fr](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER